



Foto: Archiv/Daniel Ospelt

Stimmt der Landtag zu, ist der Standort beim Kloster St. Elisabeth bald Geschichte – stattdessen soll es ein kostengünstigeres Provisorium geben.

Schulstandorte geben zu reden

Unterländer fühlen sich bei den Schulstandorten benachteiligt und **Schaaner protestieren gegen die Schliessung des Standorts St. Elisabeth**. Text: Michael Winkler

Die Beantwortung einer Kleinen Anfrage im Mai-Landtag wirbelte viel Staub auf: Die Regierung hat einen Verpflichtungskredit für ein Schulraumprovisorium für die Realschule Schaan und die Sportschule am Standort Mühleholz in Vaduz zu Händen des Landtags verabschiedet. Der Mietvertrag für den Standort St. Elisabeth soll per 31. Juli 2019 aufgelöst werden. Für die Schülerinnen und Schüler der Realschule und der Sportschule soll ein Provisorium auf dem Mühleholzareal an der Grenze zwischen Schaan und Vaduz geschaffen werden.

Gegen die Schliessung wehren sich die Elternvereinigung und der Gemeinderat von Schaan, der bereits mit einer Protestnote bei der Regierung angelangt ist. «Ich bin jetzt schon seit 14 Jahren Vorsteher und wir haben in dieser Zeit schon drei- bis viermal den Standort verteidigt – jeweils einstimmig quer durch alle Parteien hindurch», erinnert sich Schaans Vorsteher Daniel Hilti im Gespräch mit Radio L. Man sehe keinen Grund, diesen bewährten Standort jetzt aufzugeben.

Hohe Kosten bei Beibehalt

Die Regierung hält dagegen: Das Gebäude des Klosters St. Elisabeth, in dem das Land eingemietet ist, erfülle weder die heute geforderten pädagogischen und schulorganisa-

torischen noch die baulichen und betrieblichen Anforderungen. «Das Gebäude weist zudem Mängel im Bereich des Brandschutzes und im Bereich der Behindertengerechtigkeit auf», erklärt sie in einer Medienmitteilung. «Gegen eine Beibehaltung des Standortes sprechen zudem die hohen Miet- bzw. Betriebskosten von ca. 750 000 Franken pro Jahr.» Der nötige Umbau würde – gemäss dem Amt für Bau und Infrastruktur über sechs Millionen Franken kosten. Vorbehaltlich der positiven Behandlung durch den Landtag werden die entsprechenden Finanzmittel in der Höhe von 3,5 Millionen Franken für die Jahre 2018 und 2019 budgetiert. Ab Juli 2019 würden sodann die heutigen Miet- und Betriebskosten in Höhe von jährlich 750 000 Franken entfallen.

Diese Entscheidung rief dann sogleich auch Politiker aus dem Liechtensteiner Unterland auf den Plan, die seit Langem ein zweites Schulzentrum fordern – das Projekt wurde aber sistiert. «Ich habe bereits im Mai-Landtag angekündigt, dass es mein Ziel ist, noch in diesem Jahr die landesweite Schulbautenstrategie in den Landtag zu bringen, um hier für die kommenden Jahre Klarheit zu schaffen», verspricht der zuständige Regierungsrat, Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch, eine rasche Lösung unter Einbezug des Landtags.




**Deine Frage?
E-Mail genügt!**
 redaktion@
liewo.li



Michael Ospelt
stv. Landtagsabgeordneter FDP

Eine zentrale Aufgabe der Politik ist dabei, attraktive und liberale Rahmenbedingungen sowie einen offenen Marktzugang sicherzustellen. Hierbei gilt es auf die Besonderheiten unseres Landes zu achten, um schnell und flexibel auf veränderte Verhältnisse reagieren bzw. diese zu unseren Vorteilen nutzen zu können. Mit dem Ziel die Rahmenbedingungen attraktiv zu

Besonderheiten des Landes achten

gestalten, dominieren neben den Themen Lohnnebenkosten und Steuern besonders Schlagworte wie «Deregulierung» und «Entbürokratisierung». Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit, mittels Liberalisierung der Rechtsgrundlagen Spielraum zu schaffen und die Produktivität zu steigern. Zudem sollte das Augenmerk auf die Entwicklung und Förderung neuer innovativer Technologien und Geschäftsfelder gerichtet werden. Um die Marktchancen effektiv nutzen zu können, muss die Politik den Marktzugang sichern respektive weiter ausbauen. Zudem liegt es an der Politik, in eine effiziente und schlanke Verwaltung zu investieren, in welcher Synergien genutzt, Prozesse vereinfacht und wo möglich automatisiert werden können. Auch zielgerichtete Investitionen in die Verkehrs- und digitale Infrastruktur sowie die Bildungslandschaft sind produktivitätssteigernd.

Wie kann die Politik zu einer Steigerung der Produktivität beitragen?

Unter dem Titel «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» diskutierten am 11. Mai namhafte Referenten über die **Zukunft der Liechtensteiner Wirtschaft**. Daraus ergab sich die Fragestellung, wie die Wirtschaft produktiver werden und was die Politik dazu beitragen kann.



Christoph Wenaweser
Landtagsabgeordneter VU

Zuwanderung und Produktivität korrelieren nicht, solange die Wirtschaft mit dem Status Quo über einen als funktionierend akzeptierten Arbeitsmarkt verfügt.

Zudem ist die Wirtschaft in erster Linie selbst für die Steigerung der Produktivität verantwortlich.

Der Staat kann mit seiner Wirtschaftspolitik flankierend tätig sein. Er kann auf unnötige Regulierung und überbordende Bürokratie verzichten, den Spielraum bei der Übernahme von EU-Recht nutzen. Das spart Kosten, die auf die Produktivität drücken. Eine Herausforderung werden die von der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren weit mehr als bisher getriebenen Lohnnebenkosten darstellen. Hier sind vorausblickende, kluge Lösungen nötig. Diese müssen aufgrund hoher Vorlaufzeiten bald gefunden werden, ansonsten überrollt uns eine Demografielawine.

Die verkehrstechnische Erreichbarkeit der Wirtschaft ist ebenso bedeutend. Stauzeiten zum Beispiel drücken auf die Produktivität. Hier ist der Staat gefordert und übergeordnet zur Verkehrspolitik kommt die Raumplanung ins Spiel. Auch die elektronische Erreichbarkeit ist von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort. Mit dem Ausbau der digitalen Infrastruktur durch flächendeckenden Glasfaseranschluss und mobiles 5G-Netz kann der Staat hier konkret und bald etwas bewirken.



Pepo Frick
Präsident der
Freien Liste (FL)

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre wurde wegen einer Zunahme von Grenzgängern erreicht, nicht aber durch eine Produktivitätssteigerung im Land selbst. Wurde (zu) lange auf günstige Zupendler gesetzt, weil dies weniger Aufwand bedeutete, statt die Effizienz mit Technisierung zu steigern?

Die Politik kann dafür sorgen, dass nun eine mo-

Bis Redaktionsschluss ist keine Stellungnahme von den Unabhängigen (DU) zum Thema eingegangen.

Gut durchdachte Anreizsysteme „

derne Infrastruktur wie Glasfasernetze zur Verfügung gestellt und Technisierung und Innovation bewusst gefördert werden. Das Thema zeigt auch eindringlich die Notwendigkeit, dass gerade Frauen gefördert und mit Massnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf entlastet werden. Das Gleiche gilt für ältere Arbeitnehmende: Ihre grosse Erfahrung sollte dem Berufsmarkt erhalten bleiben. Es braucht eine Kultur der Wertschätzung von über 50-jährigen Arbeitnehmenden und gut durchdachte Anreizsysteme. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine gute Integration von Älteren im Arbeitsmarkt haben stark wirtschaftliche Komponenten im Sinne einer Produktionssteigerung im Land, was von den Grossparteien komplett unterschätzt wurde. Es braucht auch wieder ein gutes Angebot in der Erwachsenenbildung, um die Menschen in Liechtenstein für den sich wandelnden Arbeitsmarkt fit zu halten.